

Mindestlohn: Nahles lockert Doku-Pflicht

Berlin. Sechs Monate nach Inkrafttreten des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro lockert Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) die Dokumentationspflichten und kommt damit den Arbeitgebern entgegen. Die Arbeitszeit muss nicht mehr aufgezeichnet werden, wenn das monatliche Arbeitsentgelt mindestens 2000 Euro brutto beträgt und in den vergangenen zwölf Monaten regelmäßig gezahlt wurde, wie Nahles sagte.

Zudem entfallen die Aufzeichnungspflichten bei der Beschäftigung von Ehepartnern, Kindern und Eltern des Arbeitgebers. Die Änderungen sollen bereits in den nächsten Tagen per Verordnung auf den Weg gebracht werden. Weitergehende Änderungen seien aber weder nötig noch sinnvoll. „Das Mindestlohngesetz wird nicht angefasst“, betonte Nahles.

Komplett entfallen die bisherige Gehaltsschwelle von 2958 Euro aber nicht, bis zu der in neun Schwarzarbeit-anfälligen Branchen die Arbeitszeit aufzuzeichnen sei. Betroffen sind etwa das Baugewerbe, Gaststätten oder Schausteller.

Unionsfraktionsvize Fuchs (CDU) sprach von einem „Schritt in die richtige Richtung“. *dpa*

Zwei Milliarden Euro für Entwicklungshilfe

Berlin. Die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat im vergangenen Jahr rund 2,03 Milliarden Euro in Entwicklungsprojekte investiert. Das waren 100 Millionen mehr als im Vorjahr. GIZ-Vorstandssprecherin Tanja Gönner nannte 2014 ein „Rekordjahr“. Hauptauftraggeber war das Bundesentwicklungsministerium mit einem Auftragsvolumen von rund 1,6 Milliarden Euro. Weitere Aufträge kamen aus dem Auswärtigen Amt oder dem Bundesumweltministerium. Mit Blick auf die Weltklimakonferenz im Dezember in Paris verwies Gönner auf die GIZ-Projekte zum Klimaschutz. Der Ausbau erneuerbarer Energien werde derzeit in mehr als 30 Ländern über die Gesellschaft unterstützt. International sei Deutschland ein Vorbild bei der Energiewende, sagte Gönner. *epd*

Ausgaben für Bundeswehr steigen

Berlin. Angesichts neuer Bedrohungen will die Bundesregierung die Militärausgaben weiter erhöhen. Bei einem Festakt zum 60. Jahrestag der Aufnahme Deutschlands in die Nato bekannte sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gestern zum Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. „Diesem Anspruch stellen wir uns“, sagte sie in Berlin. *dpa*

Jedes zehnte Kind wächst im Krieg auf

Berlin. Jedes zehnte Kind weltweit wächst in einem Kriegsgebiet auf. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef) rechnet in seinem neuen Bericht „Kinder zwischen den Fronten“ vor, dass derzeit rund 230 Millionen Kinder in ihren prägenden Lebensjahren Unsicherheit, Hass und Gewalt erleben. Er gehe davon aus, dass die Zahl der Minderjährigen, die in Konfliktgebieten und in instabilen Staaten leben, in den kommenden drei Jahren noch weiter ansteigen wird, sagte Unicef-Programmdirektor Ted Chaiban bei der Vorstellung des Berichts in Berlin.

Die schwersten Misshandlungen drohen Kindern laut Unicef aktuell in Syrien, im Irak, im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik. „Mädchen und Jungen werden direkt zur Zielscheibe von Gewalt, entführt und versklavt“, heißt es. Die Organisation rief Spender auf, bei humanitärer Hilfe nicht nur an Nahrung, Kleidung und Obdach zu denken, sondern auch an Schulbildung für die jungen Kriegsoffer. *dpa*

UN: Soldaten im Südsudan terrorisieren Mädchen

Juba. Im Bürgerkriegsland Südsudan haben Soldaten Zeugen zufolge viele Frauen und Mädchen entführt, mehrfach vergewaltigt und einige von ihnen anschließend lebendig verbrannt. „Das Ausmaß der Grausamkeit zeigt, wie tief der Hass sitzt, der über politische Differenzen weit hinausgeht“, geht aus einem Bericht der UN-Friedensmission UNMISS hervor, der am Dienstag veröffentlicht wurde. Für den Report hatten UNMISS-Mitarbeiter 115 Überlebende und Augenzeugen interviewt.

Das 2011 unabhängig gewordene Land versinkt seit Ende 2013 im

Chaos. Damals war ein Machtkampf zwischen Präsident Kiir und seinem ehemaligen Stellvertreter Machar eskaliert. Die Gewaltwelle hat auch ethnische Hintergründe, da die beiden Politiker unterschiedlichen Volksgruppen angehören.

Die jüngsten Grausamkeiten seien im Zuge einer neuen Eskalation der Kämpfe im östlichen Bundesstaat Unity im April und Mai verborgen worden, so der UN-Bericht weiter. Verantwortlich seien vor allem Soldaten der „Sudan People's Liberation Army“ und Mitglieder anderer bewaffneter Gruppen, die mit der Armee verbündet sind. *dpa*

Gemeinsam geht es besser

Ein Mentor als Starthelfer: Wie die Chinesin Yang Li eine Arbeit fand, die ihrer Qualifikation entspricht

Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderer, betont die Bundesregierung immer wieder. Yang Li hat erlebt, dass ein beruflicher Neustart in der Bundesrepublik alles andere als leicht ist. Doch sie hatte das Glück, dass ein Mentor sie unterstützte.

■ Von Sven Weidlich

Frankfurt. Yang Li ist eine ehrgeizige Frau. Die Chinesin kam vor vier Jahren nach Deutschland und konnte kein Deutsch. Heute spricht sie die Sprache ausgezeichnet. Und sie hat sich einen Traum erfüllt. Sie fand einen Job, der ihrer Qualifikation entspricht. Die 30-Jährige hat hart für ihren Erfolg gearbeitet. Aber allein hätte sie es wohl nicht geschafft. Sie profitierte von einem Projekt, das in Deutschland einmalig ist.

„Am Anfang war es schwer“, sagt Yang Li. Sie hat in China und in Schweden Volkswirtschaftslehre studiert. In ihrer Heimat lernte sie einen Deutschen kennen und lieben. Die beiden heirateten und siedelten ins Rhein-Main-Gebiet über. Für Yang Li war klar, dass sie in der Finanzbranche arbeiten wollte. „Ich habe mich beworben, aber fast keine Rückmeldungen bekommen“, erzählt sie. Sie fand zwar einen Job als Verkäuferin und betreute chinesische Touristen, die in Frankfurt mit Vorliebe Luxusartikel einkaufen. Aber es war nicht das, was sie eigentlich wollte. Bis zu diesem Zeitpunkt war ihr Fall typisch. Aber dann kam es anders.

Die Bundesregierung betont immer wieder, wie wichtig die Zuwanderung von gut qualifizierten Menschen nach Deutschland sei. Denn unsere Gesellschaft werde immer älter, die Zahl der Erwerbstätigen nehme künftig ab und das Land bekäme Probleme, seinen Wohlstand zu wahren, so die Argumentation.

Aber wie sieht die Realität aus? Forscher der Universität Duisburg-Essen haben untersucht, welche Jobs hochqualifizierte Zuwanderer in Deutschland machen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die Migranten häufig eine Arbeit annehmen müssen, die weit unter ihrem Ausbildungsniveau liegt.

Nur als Putzfrau?

Die Wissenschaftler zitierten aus einem Interview mit einer Frau aus dem Irak, die in Deutschland als Flüchtling anerkannt ist. In ihrer Heimat war sie als Oberärztin tätig. Doch bei der Gesundheitsbehörde in Deutschland bekam sie zu hören, sie könne eher als Putzfrau arbeiten.

Yang Li hatte Glück. Eine Bekannte machte sie auf den Frankfurter Verein beramí aufmerksam. Dieser unterstützt Migrantinnen auf vielerlei Weise bei der berufli-

chen Orientierung. Seit zehn Jahren bietet beramí das Programm „Einsteigen, Umsteigen, Aufsteigen“ an. Es ist das einzige Projekt in Deutschland, das hochqualifizierte Zuwanderinnen fördert. Die meisten von ihnen haben ein Studium abgeschlossen. Li wurde in das Programm aufgenommen, bekam ihre Chance und nutzte sie. Heute arbeitet sie als Kreditanalystin bei dem US-Unternehmen CSI Lifecycle in Neu-Isenburg und ist sehr zufrieden. CSI hat sich auf das Leasing von Computer-Ausrüstung spezialisiert.

Kern des Projekts „Einsteigen, Umsteigen, Aufsteigen“ ist es, den Teilnehmerinnen einen Mentor an die Seite zu stellen. In den meisten Fällen sind das Frauen, aber Yang Li wurde von Christoph Zöllner unterstützt. Dieser arbeitet beim Flughafenbetreiber Fraport, genauer gesagt in der Organisationsentwicklung der Bodenverkehrsdienste. Auch dort coacht er Mitarbeiter.

„Manchmal hart“

Yang Li erzählt: „Christoph hat mich sehr gut unterstützt, auch wenn es manchmal ein bisschen hart war.“ An dieser Stelle lacht sie herzlich, schaut zu Zöllner herüber, der neben ihr sitzt, und das Lachen wirkt ansteckend. Li fügt hinzu: „Aber das war gut, das konnte ich gut gebrauchen. Ich brauchte manchmal die klare Aussage: ‚Mach das!‘“

Dabei spielte natürlich der kulturelle Unterschied eine große Rolle. „Die Deutschen sind bekannt für ihre Klarheit und Genauigkeit“, sagt Li. „Wir Chinesen hingegen sagen nicht alles, was wir denken. Bei mir führte diese Zurückhaltung manchmal zu Missverständnissen. Nach und nach habe ich gelernt und bin mutig geworden.“

Zöllner war beeindruckt von der Tatkraft der Chinesin. Er erzählt: „Wir haben einen Vertrag über unsere Zusammenarbeit geschlossen, in dem stand, dass Yang Li einen Job will und dass sie dazu bereit ist, viel dafür zu tun. Das war sehr ehrgeizig.“

Nach Zöllners Einschätzung haben es hochqualifizierte Frauen mit Migrationshintergrund generell schwer, einen guten Job zu finden. „Das liegt nicht nur an ihrer Herkunft“, sagt er. „Frauen wie Yang Li sind gut ausgebildet. Doch Jobs auf ihrem hohen Niveau bekommt man in Deutschland fast nur noch über Kontakte. Man benötigt ein Netzwerk und Fürsprecher in Unternehmen, und man muss die Spielregeln kennen.“

Und dann ist da auch noch die Sprachbarriere. Li lernte zwar Deutsch, konnte sich aber am Anfang naturgemäß nicht gut in der neuen Sprache ausdrücken.

Um ihr zu helfen, griff ihr Mentor Zöllner auf sein eigenes Netz-



Ein erfolgreiches Team: Yang Li und ihr Mentor Christoph Zöllner. Foto: Heike Lyding

werk zurück. Er rief Pascal Ziegert an, der bei CSI Lifecycle als Prokurist im Vertrieb arbeitet. Zöllner und Ziegert kennen sich von Kindheit an. Sie sind beide in Idstein aufgewachsen.

Ziegert gefiel der Auftritt der Chinesin: „Ihre akademische Leistung ist außergewöhnlich gut, und sie spricht ein ausgezeichnetes Englisch.“ Er bot ihr ein bezahltes Praktikum an. Das war alles andere als selbstverständlich, da es ein solches Angebot in seiner Firma bislang nicht gegeben hatte. Yang Li arbeitete sich schnell ein, bekam die Möglichkeit, sich als sogenannte Trainee in der Firma fortzubilden und bestand mit Bravour eine Prüfung. Zu ihrem Erfolg trug bei, dass CSI es ihr ermöglichte, während der Arbeitszeit ihr Deutsch zu verbessern. „Wir sind zwar eine in-

ternationale Firma“, sagt Ziegert. „Aber vieles läuft auf Deutsch.“

Heute bewertet Yang Li für CSI mögliche Kunden, analysiert dafür Geschäftszahlen und berichtet darüber. „Ich habe auch eine eigene Kompetenz, Kredite abzulehnen oder zu genehmigen“, erzählt sie.

Aufruf an Unternehmen

Ute Chrysam leitet beim Verein beramí das Programm „Einsteigen, Umsteigen, Aufsteigen“. Es wurde schon zweimal ausgezeichnet. Chrysam hat in den vergangenen zehn Jahren schon 163 Frauen eine Mentorin oder einen Mentor vermittelt. Auch Yang Li und Christoph Zöllner brachte sie zusammen. Die Statistik zeigt, dass fast 40 Prozent der Migrantinnen nach einem Jahr einen Job bekommen, der ihrer Qualifikation entspricht. Zu

den Kooperationspartnern zählen die Deutsche Bank, Fraport, Continental, aber auch mittelständische und kleine Unternehmen. Gefördert wird das Programm vom Frauenreferat der Stadt Frankfurt.

Chrysam ruft die Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet dazu auf, offener für Migrantinnen zu sein. „Die Firmen müssen auch mal etwas riskieren und ungewöhnliche Wege gehen, so wie CSI im Fall von Yang Li“, erklärt sie. Viele Bewerbungsverfahren seien zu streng, so dass die Gefahr bestünde, dass Zuwanderinnen an Formalien scheiterten. Das müsse sich ändern.

Yang Li stimmt ihr zu: „Ich würde mir eine größere Flexibilität der Firmen wünschen. Wenn ich das Praktikum nicht hätte machen dürfen, hätte ich mich auch nicht be-

Dänemark plant schärfere Grenzkontrollen

Kopenhagen. Dänemarks neue Regierung treibt ihre Pläne für schärfere Kontrollen an den dänischen Grenzen zügig voran. Auf ständige Grenzkontrollen, wie sie die Dänische Volkspartei fordert, wollen die Liberalen aber verzichten. Unter anderem an diesem Streit scheiterten in der vergangenen Woche Koalitionsverhandlungen beider Parteien. Einen Tag nach Amtsantritt besuchte Außenminister Kristian Jensen am Dienstag seinen deutschen Amtskollegen Steinmeier, um ihn über das dänische Vorhaben zu informieren. Die Liberalen bilden in Dänemark die Regierung, obwohl sie im Parlament nur 34 von 179 Mandaten gewonnen haben und keinen Koalitionspartner haben. *dpa*

Al-Sisi will schnellere Prozesse

Kairo. Nach dem tödlichen Bombenanschlag auf den ägyptischen Generalstaatsanwalt will Präsident Al-Sisi die Prozesse gegen vermeintliche Terroristen beschleunigen. In den nächsten Tagen würden die Gesetze für Strafverfahren geändert, um Urteile schneller fällen zu können, sagte Al-Sisi bei der Trauerfeier für den tags zuvor getöteten Generalstaatsanwalt Hisham Barakat. Details nannte Al-Sisi nicht.

„Wir werden keine fünf oder zehn Jahre damit verbringen, den Menschen den Prozess zu machen, die uns umbringen“, erklärte er. Diese gäben aus dem Gefängnis heraus entsprechende Befehle. Die Regierung machte in der Vergangenheit die verbotene islamistische Muslimbruderschaft für Anschläge verantwortlich und bezeichnet ihre Anhänger als Terroristen. In seiner Rede am Dienstag erwähnte Al-Sisi sie nicht. Die Bruderschaft bestreitet, Verbrechen zu verüben. *dpa*

Schadenersatz wegen Selbstmord

Tokio. Rund vier Jahre nach der Atomkatastrophe in Fukushima muss der Betreiber Tepco Schadenersatz für den Suizid eines Anwohners zahlen, der damals sein Haus verlassen musste. Ein japanisches Gericht verurteilte das Unternehmen zur Zahlung von umgerechnet etwa 198000 Euro, wie die japanische Nachrichtenagentur Jiji Press berichtet. Der Japaner (67) war in Depressionen verfallen. Seine Witwe und zwei weitere Familienangehörige hatten deswegen Tepco verklagt. *dpa*

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung: Oliver Rohloff
Chefredakteur: Rainer M. Gellert
Stellv. Chefredakteur:
Thomas Schmitt
Chef vom Dienst: Oliver Schmitt

Die verantwortlichen Redakteure:
Politik: Dr. Dieter Sattler, Blick in die Welt: Pia Rolfs,
Hessen: Christiane Warnecke, Wirtschaft: Michael
Balk, Kultur und Service: Michael Klüger, Sport: Michael
Lennartz, Autor: Georg Haupt.

Redaktion und Verlag:
Ingo Müller, Anzeigenverkauf: RheinMainMedia
GmbH, Postfach 202/21, 60066 Frankfurt am Main,
Telefonnummer: (0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69)
75 01-41 65.

Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreis-
liste Nr. 20a, gültig seit 1. Juli 2015; E-Mail-Adresse:
service@rheinmainmedia.de; im Internet unter:
http://www.rheinmainmedia.de

Vertrieb:
Monatsbezugspreis: 36,95 Euro (einschließlich Zu-
stellerröhre und 7% MwSt.), Postbezug: 39 Euro
(einschl. Postvertriebsgebühren und 7% MwSt.),
E-Paper/App 24,95 Euro (incl. 19% MwSt.). Zur Aus-
lieferung des Abonnements werden, soweit erforder-
lich, Abonnementadressen an spezielle Dienst-
leistungsernehmer wie die MediaService GmbH und
Co. KG und Zustellpartner weitergegeben.

Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kührhessen-
straße 6-6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnum-
mer: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 98 3-52 03,
Internet: www.fs-druckerei.de

Bankverbindungen:
Deutsche Bank, IBAN: DE63 5007 0010 0092 7228 00,
BIC: DEUTDE33, Commerzbank, IBAN: DE44 5008
0000 0290 0750 00, BIC: DRESDE33, Frankfurter Spar-
kasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3500 54, BIC: HE-
LADEF332, Frankfurter Volksbank, IBAN: DE25 0519
0000 6200 0139 54, BIC: FVBFDE33, Postbank,
IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDE33.

Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt
eingesandene Manuskripte, Fotos und Zeichnungen.
Täglich mit „Kultur und Service“.

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2, 3 und 5 Hessisches
Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Ge-
schäftsführer der Frankfurter Societäts-Medien
GmbH sind Oliver Rohloff, Berlin, Gesellschafter der
Frankfurter Societäts-Medien GmbH ist mit einer Be-
teiligung von 100 vom Hundert die Frankfurter Socie-
tät GmbH, Frankfurt am Main, Geschäftsführer der
Frankfurter Societät GmbH sind Oliver Rohloff (Ber-
lin) und Burkhard Peitzold (Bad Homburg), Gesell-
schafter der Frankfurter Societät GmbH sind die FA-
ZIT-STIFTUNG gemeinnützige Vermögensgesellschaft
mbH, Frankfurt am Main, mit einer Beteiligung von
94,99 vom Hundert und die Frankfurter Allgemeine
Zeitung GmbH, Frankfurt am Main, mit einer Betei-
ligung von 5,01 vom Hundert. Geschäftsführer der FA-
ZIT Gemeinnützige Vermögensgesellschaft mbH sind
Herr Karl-Dietrich Seikel (Hamburg) und Herr Michael
Spankus (Darmstadt). Gesellschafter der FAZIT-STIF-
TUNG Gemeinnützige Vermögensgesellschaft mbH mit
einer Beteiligung von je 11 vom Hundert sind Pro-
fessor Dr. Dr. Andreas Barner (Ingelheim am Rhein),
Professor Dr. h. c. Georg Braun (Melsungen), Profes-
sor Dr. Michael Hoffmann-Becking (Düsseldorf), Ma-
ria Korsch (Frankfurt am Main), Dr. Jens Odewald
(Bergisch-Gladbach), Karl-Dietrich Seikel (Hamburg),
Dr. Thomas Schmitt (Fulda).

Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

Jung, männlich, Flüchtling

Relativ wenige Frauen wagen die gefährliche Reise nach Europa

Zwei Drittel aller Asylbewerber, die in Deutschland ankommen, sind Männer. Die meisten von ihnen stammen aus undemokratischen Krisenstaaten. Sie sind jung und wollen arbeiten. Junge Frauen haben dagegen kaum Chancen, allein nach Europa zu gelangen.

■ Von Anne-Beatrice Clasmann (dpa)

Berlin. Ist die steigende Zahl von Flüchtlingen für Deutschland in erster Linie eine Belastung oder eine Bereicherung? Ist ihre Aufnahme eine moralische Verpflichtung? Kaum eine andere Frage wird heißer diskutiert. Doch wer sind diese Menschen, die aus Diktaturen, Kriegsgebieten und Armutsregionen zu uns kommen? Die Statistik zeigt: Sie sind vor allem männlich.

Rund zwei Drittel (65,2 Prozent) aller Antragsteller, die im vergangenen Jahr in Deutschland Schutz oder ein besseres Leben gesucht haben, waren Männer oder Jungen. Die meisten Neuankommlinge waren zwischen 18 und 25 Jahre alt.

Dieses Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern findet sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen EU-Staaten, die viele Flüchtlinge aufnehmen. Diese Frauen schaffen es alleine kaum, in die „Festung Europa“ zu gelangen.

Dabei haben sie nach Einschätzung von Experten genauso viele Fluchtgründe wie die Männer.

In Eritrea müssen Frauen genauso wie Männer zum Militärdienst, der oft in jahrelanger Misshandlung und Ausbeutung endet. Und weil viele Männer in Syrien kämpfen oder getötet wurden, leben in den Flüchtlingslagern der Region sogar etwas mehr Frauen als Männer.

Ein Großteil der Frauen und Mädchen, die in Europa Asylansträge stellen, sind zudem nicht selbstständig gekommen, sondern wurden von männlichen Verwandten mitgenommen. Das erklärt, warum Kinder und Jugendliche unter den

weiblichen Antragstellern die größte Gruppe stellen.

„Dass vor allem Männer kommen, liegt vor allem daran, dass Frauen und Mädchen es nicht so leicht haben, in weiter entfernte Länder zu gelangen. Es gibt die Angst vor dem gefährlichen Weg über das Mittelmeer und vor sexueller Gewalt auf diesem oft sehr langen Weg“, sagt Anna Büllesbach, die in Deutschland für das UN-Flüchtlingshilfswerk arbeitet. Außerdem hätten die Frauen weniger finanzielle Ressourcen, „und wenn in diesen eher konservativen Gesellschaften die Auswahl durch die Familie erfolgt, dann investiert man lieber in einen jungen Mann“.

Sichere Fluchtwege?

Das, was die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl „europäische Abschottungspolitik“ nennt, hat zu einem „Asyldarwinismus“ geführt, der Frauen benachteiligt. Wer es trotz Gefahren und hoher Kosten schafft, in Deutschland, Frankreich, Schweden oder Belgien anzukommen, gehört oft zu den Stärksten unter den Schwachen.

Die Grünen-Politikerin Renate Künast sieht nur einen möglichen Weg, um die Benachteiligung weiblicher Flüchtlinge zu beenden: „legale Fluchtmöglichkeiten nach Europa schaffen“.



Junge Männer auf dem Weg in eine Flüchtlingsunterkunft in Frankfurt-Preungesheim. Foto: dpa